

DR. ALFRED SCHICKEL

8070 INGOLSTADT, 27.11.1981
SCHILLERSTRASSE 39
TELEFON (08 41) 540 36

Verehrter Dr. Zillich!

Vielen Dank für Ihren Brief an das "Ostpreußenblatt" mit dem Monitum, daß Joseph II. nie Kaiser von Österreich war. Das stimmt natürlich wie auch Maria Theresia nie Kaiserin gewesen ist. Das wußte ich freilich auch schon vorher, brachte es stilistisch nicht recht unter, aber es freut mich, daß Sie sich um die ganz korrekte Bezeichnung sorgen. Vielleicht interessiert Sie auch unsere Tagung vom vergangenen Wochenende. Gute Grüße!

Alfred Schickel

Starnberg am See, 1.12.1981

Sehr geehrter Herr Dr. Schickel, es freut mich, daß Sie mit Ihren Zeilen vom 27.11. meinen Bemerkungen zu Ihrem Aufsatz beipflichten. Dankbar bin ich Ihnen auch für den Bericht des "Volksboten" über die von Ihnen geleitete zeitgeschichtliche Tagung in Ingo!stadt. Ich las ihn gefesselt besonders deshalb, weil ich das Buch "Die Gefangenen" von Carell/Böddcker demnächst für die von mir in München herausgegebenen "Südostdeutschen Vierteljahresblätter" besprechen will und dabei auf die Äußerung des polnischen Teilnehmers an Ihrer Tagung hinweisen kann. Dabei müßte ich aber auch den Erscheinungsort des "Volksboten" nennen. Darf ich Sie bitten, ihn mir mitzuteilen? Ich kenne die Zeitung nicht.

Mit freundlichen Grüßen

Ihr

i k g s

**Zeitgeschichtliche Forschungsstelle
Ingolstadt**

8070 Ingolstadt, den 4.12.1981
Schillerstraße 37
Telefon 08 41/54036

Verehrter Herr Dr. Zillich!

Gern gebe ich Ihnen den genauen Fundort
des Tagungsberichtes an, indem ich Ihnen einfach
die einschlägige Seite aus dem Münchener Volksboten
beilege.

Ich würde mich übrigens freuen, wenn Sie mir ein
Exemplar Ihres Besprechung gelegentlich zuleiten
lassen könnten und wir überhaupt in Verbindung
blieben!

Mit guten Grüßen und Wünschen!

Alfred Zillich

Kurz berichtet — kurz belichtet

Die Bukarester Polizei zögert nicht, westliche Journalisten auch dann in die Mangel zu nehmen, wenn sie hoch offiziell ins Land gebeten worden sind. So ist es zwei österreichischen Zeitungsleuten ergangen, die vom Bukarester Touristenamt eingeladen worden waren, um über die Attraktivität der rumänischen Fremdenverkehrseinrichtungen in Wort und Bild zu berichten. — Der Korrespondent der „Salzburger Nachrichten“, Viktor Hermann, schreibt in der Zeitung, daß er und sein Kollege, kaum daß sie in Bukarest angekommen waren, schon von einem Unbekannten in gebrochenem Englisch angesprochen wurden. Auf offener Straße habe sodann ein anderer Unbekannter nach seiner Kamera gegriffen. Gleichzeitig tauchten neben ihm weitere zwei Männer auf, die sich um seinen Kollegen „bemühten“. Beide Bedrängte setzten sich zunächst zur Wehr, weil sie glaubten, es mit Straßenräubern zu tun zu haben. — Jetzt erst wiesen sich die Unbekannten als Angehörige der rumänischen Geheimpolizei aus. Die beiden österreichischen Journalisten wurden von ihnen zu einem bereitstehenden Auto geführt. Man nahm ihnen die Pässe ab und verriegelte die Autotüren. — So ging es zum Polizeipräsidium. Hier hieß es für die beiden Österreicher: Lange warten. Schließlich erklärte ihnen ein finster dreinblickender Mann, daß es nur gestattet sei, Hotels und Restaurants zu fotografieren. Dann wurden ihnen ohne weitere Entschuldigung die Pässe zurückgegeben. Das Schicksal ihrer Kameras und Filme ist ihnen allerdings bis jetzt verborgen geblieben.

*

Auf einem militärisch bewachten Gelände im Jenaer Stadtteil Goeschwitz sind rund 200 hochqualifizierte Physiker, Ingenieure und Facharbeiter in drei Schichten rund um die Uhr mit der Entwicklung von Raketenlenksystemen und Laser-Waffen für die sowjetische Rüstung befaßt. Das etwa 20 000 Quadratmeter große Forschungszentrum gehört zu den für ihre Präzisionsarbeit weltweit bekannten Zeiss-Werken, die inzwischen als sogenannter Leitzbetrieb für Raketenlenksysteme innerhalb des Ostblocks fungieren. — Zeiss ist außerdem Zulieferbetrieb für die sowjetische Weltraumfahrt. Die Laser-Abteilung wird innerhalb des Geländes noch einmal besonders abgesichert. Dort soll eine militärische Laser-Entwicklung „unmittelbar vor dem Abschluß“ stehen. — Die in Jena-Goeschwitz auch an jedem zweiten Wochenende voll tätigen Spezialisten erfreuen sich vieler Vergünstigungen. Sie bekommen ein Drittel mehr Gehalt als vergleichbare „normale“ Arbeitnehmer. Schon ein Facharbeiter kommt mit netto 1080 Ostmark fast auf das Doppelte des DDR-Durchschnittseinkommens. Allen in Goeschwitz Beschäftigten steht ein besonderer Laden offen, dessen Angebot weit besser ist als in den allgemein zugänglichen Geschäften. Ohne die DDR-typischen jahrelangen Wartezeiten bekommen die Rüstungsfachleute Autos und Wohnungen. Das Verteidigungsministerium bedenkt sie zudem reichlich mit Prämien und Auszeichnungen. — Für diese Bevorzugung ist ein hoher Preis zu zahlen. Keiner der in Goeschwitz für die sowjetische Raketenrüstung arbeitenden Fachleute darf im Westen Verwandte, Freunde oder auch nur Bekannte haben. Selbst jeder Briefkontakt mit einem Menschen im Westen ist ihnen untersagt.

*

Ein 22-jähriger Leutnant der tschechoslowakischen Streitkräfte, der in der Überwachungskommission in Korea tätig gewesen war, ist desertiert und zu einem amerikanischen Militärposten bei Panmunjon übergelaufen. Er bat dort um politisches Asyl in den USA.

*

Die im Westen zunehmende sowjetische Propaganda und subversiven Zielen dienende „Friedenskampagne“ beweisen, daß die größte Gefahr für Westeuropa nicht in der militärischen Bedrohung durch die Sowjetunion, sondern in der sowjetischen Expansion ohne Krieg liegt. Die sowjetischen Streitkräfte haben heute vor allem die Funktion der Abschirmung des sowjetischen Herrschaftsbereiches, der zum Teil durch subversive Aktionen immer mehr vergrößert wird, sowie der Drohung und Erpressung. Nicht nur in Europa, sondern auch in verschiedenen Ländern der Dritten Welt wird diese Politik heute in verstärktem Maße betrieben. Moskau will die militärische Überlegenheit gegenüber dem Westen deshalb sichern, um damit die Ausdehnung seines Einflusses durch subversive Mittel und mit Hilfe verschiedener „Befreiungsbewegungen“ militärisch abzusichern.

*

In Kopenhagen wurde der Zweite Sekretär der sowjetischen Botschaft, Wladimir Merkulow, als Offizier des KGB entlarvt und wegen subversiver Tätigkeit des Landes verwiesen. Merkulow war Drahtzieher verschiedener NATO-feindlicher Veranstaltungen in Dänemark und lenkte auch aus dem Hintergrund die Propaganda für die Errichtung einer „kernwaffenfreien Zone“ in Nordeuropa. Außerdem hat er dänische Staatsbürger für den sowjetischen Spionagedienst angeworben. In seinen Fall ist auch der dänische Schriftsteller Arne Herlov Petersen verwickelt. Er wurde am 4. November wegen Spionage für die Sowjetunion festgenommen.

*

Der bei der UNESCO in Paris tätige sowjetische Diplomat Nikolai Poljanski dissidierte von seinem Posten und hat in Frankreich um politisches Asyl nachgesucht. Poljanski war früher bei den sowjetischen diplomatischen Missionen in Bern und Zagreb sowie im Außenministerium in Moskau tätig gewesen. Der Diplomat ist 42 Jahre alt.

Zeitgeschichtliche Tagung in Ingolstadt

Der sudetendeutsche Historiker Alfred Schickel hatte geladen

S. V. — Am vergangenen Wochenende hielt die Zeitgeschichtliche Forschungsstelle Ingolstadt (ZFI) ihre Herbsttagung ab. Innerhalb des Rahmenthemas „Deutschland zwischen 1938 und 1948“ gab der frühere bayerische Staatsminister Dr. Alfred Seidl MdL eine Rückschau auf seine Verteidigtätigkeit während der Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse.

Dabei berichtete er dem zahlreich erschienenen Publikum von den näheren Umständen seiner Berufung zum Anwalt von Dr. Hans Frank und Rudolf Heß. Ausführlich befaßte sich der Referent mit der Rechtsgrundlage des Nürnberger Tribunals und kam unter Zitierung führender internationaler Staats- und Völkerrechtler zu dem Schluß, daß die von den Siegern in Nürnberg praktizierte Prozeß- und Gerichtspraxis dem überlieferten Rechtsempfinden der europäischen und angelsächsischen Kulturstaaten widersprach, da sowohl die Gerichts- und Prozeßordnung wie auch die Anklagevertretung und die Richterbank von ein- und derselben Partei, nämlich den Kriegsgewinnern, verfaßt und gestellt worden sind.

Feindstaatenklauseln gelten immer noch

Dabei hat man nach Dr. Seidls Darstellung sowohl gegen den Rechtsgrundsatz, daß eine Tat nur dann strafwürdig ist, wenn sie zur Zeit der Tat bereits mit Ahndung bedroht worden war, verstoßen, als auch den bislang unerhörten Straftatbestand der „Verschwörung gegen den Frieden“ nachträglich erfunden, wie schließlich die persönliche Haftung der führenden Politiker, Militärs und Wirtschaftsführer eines Staates neu eingeführt, ohne diese nachträglichen Rechtschöpfungen freilich dann auch in der Folgezeit nach den Kriegsverbrecherprozessen auf andere kriegführende Parteien anzuwenden.

Dr. Seidl wies in diesem Zusammenhang auf das juristisch straflos gebliebene Vorgehen der Franzosen, Engländer und Israelis gegen Ägypten im Jahre 1956 hin wie auch auf die gewaltsame Invasion der Roten Armee in Ungarn. Um die Verbrechen gegen die Menschlichkeit, insbesondere die Massenmorde an den Juden und anderen Minderheiten, zu ahnden, hätte nach Dr. Seidls Meinung das bisher gültige Strafrecht ausgereicht und daher nicht in die juristisch bedenkliche Anklageformulierung der Siegermächte aufgenommen werden müssen, wie auch die Kriegsverbrechen nach herkömmlich gültigen Strafgesetzbestimmungen hätten bestraft werden können.

Einen weiteren juristischen Makel des Nürnberger Siegertribunals sah Dr. Seidl in der Mißachtung des „Tu-quoque“-Prinzips, das heißt der Ausklammerung alliierter Rechtsbrüche und Verbrechen aus der juristischen Würdigung eines internationalen Gerichts, so daß am Schluß nur eine einseitige Abrechnung der Sieger mit den Kriegsverlierern übrigblieb, was angesichts der zur Verurteilung gestandenen Schuld ein vermeidbarer Fehleindruck hätte sein können, wenn man den „Du-auch“-Grundsatz beachtet hätte.

Ausdrücklich anerkannt hat der Referent die korrekte Prozeßführung durch den britischen Lordrichter Lawrence wie auch die Freiheit der Angeklagten, sich Anwälte ihrer Wahl zu bestellen. Bekanntlich wurde Dr. Seidl im Februar 1946 von Rudolf Heß zusätzlich noch zu seinem Verteidiger bestellt, ein Mandat, das Seidl im Interesse einer endlichen Freilassung des bereits über vierzig Jahre in Haft befindlichen 87-jährigen Heß noch heute wahrnimmt.

Dabei wandte er sich nicht nur an bundesdeutsche oberste Gerichte und viele hochgestellte politische Persönlichkeiten, sondern befaßte auch die UN-Menschenrechtskommission mit dieser schier unerschöpflichen langen Haftzeit. Diese verurteilte zwar eine solche ungewöhnlich lange Haftzeit, erklärte aber gleichzeitig, nicht eingreifen zu können, da Deutschland — trotz der Mitgliedschaft der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen! — immer noch unter der Gültigkeit der sogenannten Feindstaatenklauseln (= Artikel 53 und 107 der UN-Satzung) falle und die vier Hauptsiegermächte in diesem Falle ein Ausnahmerecht beanspruchen könnten.

Ein Umstand, der in der zeitgenössischen Diskussion ebenso überrascht wie irritiert, da drei der infragestehenden Hauptsieger- und Gewahrsamsmächte inzwischen Verbündete der Bundesrepublik Deutschland sind und mithin ihren deutschen Bundesgenossen nicht mehr als „Feindstaat“ betrachten dürften. Dr. Seidl gedenkt diese Eröffnung der UN-Menschenrechtskommission zum Gegenstand einer politischen Initiative im Rahmen des Parlaments und des deutschen Bundesrats in Bonn zu machen, um diese mißverständliche Selbstinterpretation der Vereinten Nationen einer Klärung zuzuführen.

Diesem bis in die Gegenwart führenden Referat Dr. Alfred Seidls folgte als zweiter gewichtiger Beitrag der zeitgeschichtlichen Tagung der Vortrag des

österreichischen Militärhistorikers Dr. Heinz Magenheimer aus Wien. Er behandelte die deutschen Rüstungsanstrengungen zwischen 1942 und 1945 und den alliierten Luftkrieg über Deutschland.

Dabei untermauerte er anhand eigener Forschungen die Erkenntnis, daß die deutsche Rüstungsindustrie trotz aller Mißlichkeiten und Beschränkungen keine fühlbaren Rückschläge zu verzeichnen hatte, sondern ihre Kapazität bis in das letzte Kriegsjahr hinein noch gewaltig steigern konnte. Der von den alliierten geführte Luftkrieg gegen deutsche Industrieziele blieb insoweit ohne nennenswerte Folgen, wirkte auf alle Fälle nicht kriegsverkürzend.

Was das Flächenbombardement mit dem Einschluß der Zivilbevölkerung in die Angriffsziele betraf, so wies Dr. Magenheimer nach, daß es die erklärte Absicht der Briten, die Moral der deutschen Bevölkerung zu brechen, nicht nur nicht erfüllte, sondern sogar im Gegenteil der nationalsozialistischen Reichsführung wider Willen Propagandathesen für ein weiteres Durchhalten lieferte, auf diese Weise also noch kriegsverlängernd wirkte und damit in die Nähe moralischer Verwerflichkeit geriet.

Zur bislang ungeklärten Frage, warum die alliierten Luftflotten, besonders die amerikanischen Bombverbände, die eigentlichen Engpässe deutscher Kriegsproduktion und Wehrwirtschaft, nämlich die Treibstoffherzeugung, aus ihren Angriffen ausgespart hatten, führte Dr. Magenheimer die zeitgeschichtlich bemerkenswerte These ein, daß die Vereinigten Staaten bis zum Einsatz eigener Landstreitkräfte in Europa die bis fast zur Hälfte an der Ostfront eingesetzten deutschen Flugzeuge nicht durch Benzin- und Kerosinmangel behindern wollten, um der Roten Armee nicht ein zu schnelles Vordringen nach Westen zu ermöglichen.

Diese Annahme wird noch gestützt durch eine geheime Expertise eines hohen amerikanischen Militärs, der im August 1943 vor einer Vornacht Sowjetrußlands in Europa warnte, „wenn Deutschland kein Bollwerk mehr gegen Osten sein kann“. Fest steht jedenfalls, daß die amerikanischen Luftstreitkräfte erst nach erfolgter Landung eigener Armeeeinheiten in Nordfrankreich zum gezielten Bombardement reichsdeutscher Hydrier- und Raffinerieanlagen von Essen über Halle bis nach Auschwitz übergingen und damit die deutsche Luftwaffe weitgehend einsatzunfähig machten.

So wenig die deutsche Rüstungsindustrie durch die Fliegerangriffe der Angloamerikaner ernsthaft in ihrer Produktion gefährdet wurde, so erstaunlich gering blieb nach den Ausführungen des Wiener Militärhistorikers die zusätzliche Mobilisierung weiblicher deutscher Arbeitskräfte, obwohl durch die Einberufung vieler Millionen deutscher Männer ebenso viele Arbeitsplätze zu besetzen waren. Die Reichsführung suchte den auftretenden Arbeitskräftemangel durch den Einsatz von deportierten „Ostarbeitern“ und KZ-Häftlingen sowie durch die Dienstverpflichtung entlassener Ostkriegsgefangener abzudecken, was ihr auch weitgehend gelang.

Luftkrieg brachte keine Entscheidung

So war die Kriegsentscheidung letztlich weder durch die alliierten Bomberangriffe zu erzwingen noch, durch einen Rückgang der deutschen Rüstungsproduktion herbeizuführen, sondern allein durch die materielle und personelle Überlegenheit der Alliierten und ihr konzentriertes Vorgehen, das Deutschland und seinen Verbündeten weitgehend zum Fehlen kam.

Dem österreichischen Militärhistoriker Magenheimer folgte als nächster Referent der polnische Privatforscher Dr. Jan J. Mozdzan. Er behandelte das in der Zeitgeschichte bislang unbearbeitete Thema: „Postverkehr mit Kriegsgefangenen- und Konzentrationslagern“, wobei er viele Originaldokumente aus dem Kreis seiner polnischen und tschechischen Bekannten zur Illustration seiner Ausführungen vorlegte. Dabei erläuterte der polnische Wissenschaftler in betonter Unterbrechung jeglicher Gefühle den jeweiligen zeitgeschichtlichen Hintergrund und eröffnete den Zuhörern neue Einsichten in dieses traurige Kapitel jüngerster deutscher Geschichte.

Er berichtete von der „Zentraldruckerei aller Konzentrationslager“ in Auschwitz, wo die Briefmuster und Antwortformulare für alle übrigen KZs hergestellt wurden — beispielsweise im Jahre 1943 insgesamt fünf Millionen — und stellte Telegramme von Lagerkommandanten an die Angehörigen verstorbener Häftlinge im Original vor. Nach Jan Mozdzans Forschungen ergab alsbald nach den schockierenden Wirkungen solcher Todestelegramme die Anweisung an die Lagerkommandanten, die Todesnachrichten durch Besuche nachgeordneter Stellen bei den Hinterbliebenen zu überbringen, was er anhand von Beispielen im Generalgouvernement und dem Warthegau verdeutlichte.

Um die Arbeitskraft der Häftlinge zu stärken, wurden in den vierziger Jahren die Vorschriften für den Paketverkehr gelockert und gleichzeitig die Strafen für Kameradendiebstahl in den Lagern drastisch verschärft. Wie der Referent ausführte, wurden auch die Wachmannschaften mit der Todesstrafe bedroht, wenn sie Lagerpäckchen oder Paketsendungen für die Häftlinge an sich nahmen oder „verschoben“. Auch vom Internationalen Roten Kreuz gelangten Postsendungen und Pakete in die Konzentrationslager.

Geldsendungen und Zeitungen konnten dagegen nur aus dem Reichsgebiet und dem besetzten Ausland in die Lager geschickt werden, wobei „die Zeitungen von den Vorlagen zu übersenden“ waren und die Geldbeträge bestimmte Höhen (etwa zwanzig Reichsmark) im Monat nicht überschreiten durften. Die Begrenzungen wechselten jedoch oft von Jahr zu Jahr, wie es auch Ausnahmen von der Vorschrift gab, alle Post in deutscher Sprache abzufassen. So war für das Lager Krakau und Majdanek auch die polnische Sprache gestattet und entsprechende Lagervordrucke, die Dr. Mozdzan vorführte, in Polnisch gehalten.

Spezialforschungen schließen Lücken

Für manche Häftlinge, besonders reichsdeutscher Staatsangehörigkeit, galt in einigen Lagern, als Absenderort nicht ein KZ anzugeben, sondern eine „zivile Adresse“, wie es auch gelegentlich erlaubt war, Küsterpostkarten oder Glückwunschkarten herzustellen, um sie an die Angehörigen zu senden. In der Regel durften die Häftlinge zwei bis drei Briefe oder Karten im Monat schreiben und empfangen, wobei für Polen und Juden in einigen Konzentrationslagern schikanöse Sonderbestimmungen („Postsperr für zwei Monate“) galten. Alle ausgehende Post wurde zensiert. So hatte das Konzentrationslager Auschwitz allein 15 Zensurstellen, ausgewiesen durch 15 verschiedene Stempel, wie sie von Dr. Mozdzan ausfindig gemacht wurden. Vom Frauenkonzentrationslager Ravensbrück ist dagegen nur ein einziger Zensurstempel bekannt.

„Postschreibetage“ war in aller Regel der Sonntag. Mit dem zugeschickten Geld konnten Briefmarken erworben werden und die Postsendung zur Lagerzensurstelle gehen. Von dort wurde sie an ein „normales“ Postamt weitergeleitet und dem Empfänger zugestellt. Wie der Referent mitteilte, wurde jüdischen Häftlingen zuweilen gestattet, mehr Briefe als sonst zu schreiben und auch Nichtangehörige in die Korrespondenz einzubeziehen, um auf diese Weise noch weitere Juden ausfindig zu machen oder „staatspolitisch verdächtige“ Personen auszukundschaften. So wurde die Briefverkehrspraxis auch noch ein Stück Staatspolizei-Terror und Verfolgungswesen.

Weitgehend anders war dagegen der Postverkehr mit den Kriegsgefangenen geregelt. Die gefangenen Soldaten hatten das Recht, binnen einer Woche nach ihrer Gefangennahme nach Hause zu schreiben und dies in ihrer Muttersprache zu tun. Sie konnten unbeschränkt in Zahl und Umfang Briefe und Paketsendungen empfangen, mußten sie lediglich vor der Aushändigung auf versteckte Kassiber oder mögliche Schmuggelware untersuchen lassen.

Die anfänglichen Tarn- und Deckadressen — den Feldpostadressen ähnlich — wurden in späteren Kriegsjahren aufgegeben und der jeweilige Standort des „Stalag“ (Stammager) oder „Oflag“ (Offizierslager) zur Angabe freigegeben. So wußten spätestens ab 1943 alle Angehörigen der polnischen Offiziere und Generale — samt Bürschen immerhin über 4000 Mann —, daß das „Oflag VII A“ in der bayerischen Marktgemeinde Murnau lag (und heute die Werdenfelskaserne der Bundeswehr ist), was vereinzelt sogar zu Besuchen der Angehörigen bei den Kriegsgefangenen führen konnte, wie dies auch vom „Oflag“ Murnau verbürgt ist.

Auf Geldsendungen konnten die Kriegsgefangenen Soldaten und Offiziere im allgemeinen verzichten, da sie auch in Gefangenschaft ihren Sold in Höhe ihrer landesüblichen Bezüge ausgefolgt erhielten, hatten aber grundsätzlich das Recht, sich weitere finanzielle Zuwendungen von Angehörigen zukommen zu lassen.

Dies und noch weitere aufschlußreiche Einzelheiten führte der polnische Wissenschaftler anhand eigener Archivbestände vor und half durch diese seine Spezialforschungen eine bislang klaffen- de zeitgeschichtliche Lücke zu schließen. Seine Mitwirkung an der Tagung der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle gab der Veranstaltung nicht nur eine bemerkenswerte internationale Besetzung, sondern brachte ihren Teilnehmern auch beachtliche neue Erkenntnisse. Entsprechend beifällig wurde die Ankündigung Dr. Alfred Schickels, des Leiters der ZFI, aufgenommen, alsbald wieder eine ähnliche Tagung in Ingolstadt durchzuführen.

Kurz berichtet — kurz belichtet

Das Bundesministerium für innerdeutsche Beziehungen vertritt seine Anliegen gegenüber der Bundesregierung nicht mit dem nötigen Nachdruck. Trotz der bereits beschiedenen Ausstattung von nur 422 Mio DM, soll 1982 eine überproportionale Kürzung von 9,3 Prozent gegenüber einer Gesamtsteigerung des Bundeshaushalts von rd. 4 Prozent vorgenommen werden. — Kernbereiche der deutschlandpolitischen Aktivitäten sind die Hilfsmaßnahmen für Mitbürger in der DDR, Mittel für Reisen von Jugendlichen und Erwachsenen nach Berlin (West) und an die Zonengrenze und die Förderung des Zonenrandgebietes. Überdurchschnittliche Kürzungen in diesem Bereich gehen an die Aufgabensubstanz des Ministeriums und seines Angehens. — Genau das ist eingetreten, ohne daß die Führung des Ministeriums dagegen ernsthaften Widerstand geleistet hätte. Im einzelnen werden die Mittel für Erwachsenenreisen nach Berlin (West) vollständig und die Mittel für die Zonenrandförderung um sage und schreibe 20 Prozent (von 125 auf 100 Mio) gekürzt. Und bei 100 Mio DM soll es nach dem Finanzplan der Bundesregierung bis 1985 bleiben, was automatisch eine jährliche Kürzung in Höhe der jeweiligen Inflationsquote ergibt. — Wie der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen, Egon Franke, angesichts dieser Gegebenheiten dazu kommt, zu sagen, daß „insgesamt keine überproportionalen Kürzungen der Zonenrandförderung“ vorgenommen worden seien, ist unbegreiflich. Tatsache ist demgegenüber, daß der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen es zuläßt, daß der Wille des Gesetzgebers — wie er im Zonenrandförderungsgesetz zum Ausdruck gekommen ist —, nämlich Priorität der Förderung der Verbesserung der Lebensverhältnisse im Zonenrandgebiet, durch systematische Austrocknung unterlaufen wird. — Das Unverständliche dabei ist noch, daß die politische Spitze des Ministeriums offensichtlich nicht begreift, daß es bei derzeit massiven Kürzungen in der Aufgabensubstanz langsam aber sicher seine eigene Existenz in Frage stellt. Zu fordern wäre deshalb, daß der Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen höchstpersönlich sich dieser Tendenz der Bundesregierung widersetzt. Sonntagsreden helfen da nicht weiter, sondern nur mehr Durchsetzungsvermögen des Ministers gegenüber Finanzminister und Bundeskanzler würde helfen.

*

Ein typisches Beispiel für die sowjetische Desinformationspolitik ist ein kürzlich in verschiedene westliche Zeitungen lancierter TASS-Bericht, wonach die Vereinigten Staaten mit einer militärischen Aktion die Machtübernahme durch Andreas Papandreu und seine Panhellenistische Sozialistische Bewegung verhindern wollten. TASS wollte sogar wissen, daß aus diesem Zweck eine amerikanische Infanteriedivision in der Türkei und eine halbe Division Marineinfanterie in Griechenland selbst zum Einsatz vorgesehen waren. Gleichzeitig hätte die 82. Luftlandedivision an der Aktion teilnehmen sollen. Da diese Geschichte von A bis Z erlogen ist, sieht man erneut, mit welcher Mitteln Moskau die USA zu diskreditieren versucht. Der Bericht diente offensichtlich dem Ziel, Papandreu gegen die USA einzunehmen und damit den von Moskau erhofften Austritt Griechenlands aus der NATO zu fördern.

*

Die Zahl der sowjetischen Überläufer, denen es gelang, den Westen ungeschoren zu erreichen, hat sich seit Kriegsende ständig erhöht. Unter der Herrschaft Stalins waren es durchschnittlich 7,3 Personen jährlich, unter Chruschtschow 9,3 und unter Breschnew 17,65 Überläufer. Dies geht aus einer neuesten Studie hervor, die von Professor Wladislaw Krasnow vorgelegt worden ist. Krasnow ist selbst Überläufer. Er lebt in den Vereinigten Staaten und lehrt am „Monterey Institute of International Studies“. — Krasnow hat seine wissenschaftliche Untersuchung sowohl aufgrund von ihm selbst ermittelten und gesammelten Dokumentationsmaterial unternommen, als auch eine alphabetische Liste mit Personalangaben benutzt, die vom sowjetischen Geheimdienst KGB alle fünf Jahre unter dem Titel „Feinde des Sowjetstaates“ und mit dem Stempel „streng geheim“ versehen zusammengestellt wird. Diese Liste wird an die „operativen Agenten“ des KGB in der Sowjetunion und im Ausland verteilt. Eine dieser Listen gelangte in den Besitz einer russischen Emigrantenorganisation in Frankfurt am Main. — Das KGB-Papier, eigentlich eine Fahndungsliste, denn die angeführten Personen sind „Freiwild“ für alle KGB-Agenten, deckt die Jahre 1945 bis 1969 und umfaßt rund 470 Namen von Überläufern. — Krasnow hat seine Unterlagen mit Hilfe eines Computers ausgewertet. Der Durchschnittsüberläufer in der Zeit von 1945 bis 1969 war 28 Jahre alt, männlich, mittelgroß, athletisch gebaut und hat lichtbraunes Haar und blaue oder graue Augen. Er war weder Ballettänzer noch KGB-Agent, sondern Soldat. Tatsächlich ergibt sich aus der Analyse, daß von den 470 Überläufern, deren Namen auf der KGB-Liste erscheinen, nicht weniger als 241 ehemalige Angehörige der Sowjetarmee waren, davon gut ein Viertel Offiziere. Von den 470 hat man 284 Überläufern in Abwesenheit den Prozeß gemacht, 224 wurden zum Tode verurteilt. Die große Mehrheit der Überläufer sind Russen oder Ukrainer, aber auch Esten und Juden sind unverhältnismäßig hoch unter ihnen vertreten. — Aufgrund von eigenem Material ermittelte der Computer, daß die Errichtung der Berliner Mauer vor 20 Jahren das Überlaufen von Angehörigen der Sowjetarmee erheblich erschwert, aber nicht völlig eingedämmt hatte. Als Ergebnis haben in den letzten zwei Jahrzehnten Künstler, Diplomaten und intellektuelle den Soldaten in der Statistik den Rang abgelaufen.

VOLKSBOOTE

B 6975 C

Wochenzeitung für Freiheit und Recht im ungeteilten Europa

Einzelbezugspreis DM 1,90 · Abonnementspreis monatlich DM 7,50

PSA München, Kt.-Nr. 107 664-801 · Stadtparkasse München, Kt.-Nr. 906 214 408

33. Jahrgang / Nummer 48

27. November 1981

VERLAGSORT MÜNCHEN

Gefühle gegen Vernunft mobilisiert

Hinter den Utopisten stehen die Kader der Weltrevolution

DR. OTTO VON HABSBURG, MdEP

Das Bayerische Fernsehen hat in seinem Jugendprogramm eine manchmal aufschlußreiche Diskussionsrunde von Jugendlichen zu interessanten und aktuellen Themen. Es kommt dabei, trotz gewisser Manipulationen, die vielleicht fast unvermeidlich sind, manchmal mehr heraus als bei den Streit-Gesprächen gestandener Politiker, deren Aussagen man meist schon längst im voraus weiß. Die Jugendlichen sind ergiebig, weil die Zahl der Teilnehmer groß ist und diese in den meisten Fällen nicht daran denken, wie sie beim Zuschauer ankommen.

Vor kurzem hat es in diesem Programm eine Diskussion über Pazifismus, die neue Pazifismuswelle und die Friedensbewegung in Deutschland gegeben. Auf der einen Seite waren Vertreter des sogenannten Krefelder Appelles, auf der anderen die Initiatoren des Starnberger Appells der Paneuropa-Jugend. Dazu kam eine Anzahl Schüler beiderlei Geschlechtes, vornehmlich aus Bayern, aber auch aus anderen Teilen Deutschlands.

Die Argumente beider Seiten waren lehrreich. Es gab hier einen wesentlich klareren Unterschied der Tendenzen, wie bei ähnlich gelagerten Diskussionen zwischen Erwachsenen. Allen gemeinsam war die große Kriegsangst.

Zugegeben wurde auch, daß diese erst in neuerer Zeit durch verschiedene Äußerungen und Artikel hervorgerufen und durch die Massenmedien mächtig angeheizt worden ist. Ihr gegenüber ist allerdings die Stellungnahme sehr unterschiedlich.

Diejenigen, die sich die Pazifisten nennen, in Wirklichkeit aber Deutschland von Amerika abkoppeln wollen bzw. einer einseitigen Abrüstung das Wort reden, weigerten sich, über vergangene Ereignisse oder sachliche Daten zu diskutieren. Sie sprachen bloß die primitive

Urangst an, also ausschließlich Gefühle.

Diejenigen demgegenüber, die dem Starnberger Appell zuneigten, verwendeten fast nur Vernunftargumente. Sie schöpften diese teils aus der geschichtlichen Erfahrung der Menschheit, teils aus den praktischen, derzeit zur Verfügung stehenden Daten über den Rüstungsstand beider Seiten.

Für die Mentalität war vielleicht am bezeichnendsten die Äußerung eines Mädchens, die, befragt darüber, was sie in die pazifistische Krefelder Bewegung gebracht hatte, sinngemäß antwortete: Ich konnte einfach die Sachlichkeit nicht mehr ertragen. Angesichts der Größe der Probleme muß ich mich in die Gefühle flüchten.

In dieser, mit verblüffender Ehrlichkeit hervorgebrachten Äußerung liegt eine der wesentlichsten Charakteristiken der derzeitigen Debatte. Die sogenannte „Krefelder Bewegung“ hat ausgesprochen irrationale Züge.

Sie lehnt die geschichtliche Erfahrung ab, weil diese ihrem Idealbild einer idyllischen, zufriedenen Welt ohne Umweltverschmutzung und in voller Brüderlichkeit der Völker widerspricht. Sie will es einfach nicht wahrhaben, daß es unmöglich ist, das irdische Paradies in diesem Tal der Tränen zu schaffen. Wenn man ihr mit konkreten Zahlen kommt, lehnt sie die Aussprache glattweg ab, weil sie keine vernünftigen Argumente hat.

Genau das Umgekehrte ist der Fall bei jenen, die ebenso wie die selbsternannten Friedensapostel den Frieden wollen, sich aber ernsthafte Fragen stellen, wie man diesen mit den vorhandenen Mitteln erreichen kann. Da gibt es kein Ausweichen in Gefühlsduselei, in Schlagworte oder in den Griff nach der Utopie. Sie überlegen sachlich, wie man mit den derzeitigen Problemen zu Rande kommen kann.

Sie übertragen auf die praktische Politik eine Feststellung Coudenhove-Kalergis: die Medizin hat durch Jahrhunderte keinen Fortschritt gemacht, solange die Ärzte versuchten, den Jungbrunnen oder den Stein der Weisen, also das Geheimnis des ewigen Lebens zu finden. Es gab erst einen Durchbruch, nachdem die Ärzte erkannt hatten, daß ihre Aufgabe darin bestehe, den Tod möglichst weit hinauszuschieben.

All dies wäre ein interessantes Zeitphänomen, wie es insbesondere in Epochen wirtschaftlicher Rückschläge zu erwarten ist. Was allerdings diesmal die Eigenheit dieser merkwürdigen gefühls-

betonten Bewegung dieser Wiedertäufer der Weltpolitik ausmacht, ist die Tatsache, daß hinter den Idealisten, die nach den Sternen greifen, praktische, harte politische Interessen stehen.

Die Sowjetunion und ihr Weltfriedensrat haben seit Jahren erkannt, daß es bei der geschichtslos aufwachsenden jungen Generation des europäischen Kontinentes durchaus möglich ist, aus Utopien eine Vernichtungswaffe zu schmieden. Daher das abstrakte Friedensideal, das sie eine lange Zeit, während es wirtschaftlich aufwärts ging, umsonst gepredigt haben.

Diese Propaganda ist absurd im Lichte der gewaltigen Überrüstung und der an Hitlers Zeiten erinnernden militärischen Vorbereitung der Staaten des Ostblocks. Jetzt, im Augenblick der Krise, trägt sie ihre Früchte. Bei Hitler war es nicht anders.

Gefördert wird die Arbeit auch dadurch, daß hinter der Friedensbewegung der straffe, gut geführte Kader der kommunistischen Parteien steht — man braucht sich diesbezüglich nur die Krefelder anzusehen —, aber auch die fast unbeschränkten Mittel, die ein Staat wie die Sowjetunion ihren Agenten zur Verfügung stellen kann. Denn bei der Auseinandersetzung zwischen den pazifistischen Utopisten und den Vertretern einer vernünftigen Friedenspolitik nehmen sich die Unterschiede der materiellen Mittel etwa aus wie zwischen einem Tank und einer Wasserpistole.

Die Gefahr dieser Entwicklung — und das hat auch die Bonner Friedensdemonstration Mitte Oktober gezeigt — liegt darin, daß mit einer irrationalen Vision auf einem Gebiet, das äußerst schwer verständlich ist, man durchaus Massen mobilisieren kann, wie seinerzeit die Nationalsozialisten gegen den Mythos „Juden“. Dies ist um so leichter der Fall, weil eine Anzahl von Politikern, die besser wissen sollten als Hugenberg vor 50 Jahren, solche Bewegungen im Dienste ihrer parteipolitischen Vorstellungen nutzen.

Die Politik von Menschen wie Brandt, Bahr und Wedgowede Bann spielt, so gesehen, die Rolle einer fünften Kolonne der Roten Armee. Lenin hatte recht, als er schon in den 1920er Jahren die Bemerkung machte: „Der Sieg des Weltkommunismus wird nicht so sehr durch die Mitglieder der Partei errungen werden, wie durch die gewaltige Anzahl nützlicher Idioten, die der Roten Armee die Tore öffnen.“ Diese „nützlichen Idioten“ sind mitten unter uns.

gend“ referierte das Mitglied der Bundesführung der Sudetendeutschen Jugend, Klaus Geißler. Er machte deutlich, daß Heimat nicht so sehr der geographische Raum, sondern daß die erlebte Gemeinschaft innerhalb einer Gruppe eine prägende Heimat-Kraft sei. Auf diese Weise werde die „Bekenntnisgeneration“ auch zu einer „Erlebnissgeneration“. Aus Prägung und Integration in Familie und landsmannschaftlicher Gemeinschaft heraus könnten den jungen Menschen neue Aufgaben erwachsen, denen sie sich nicht verschließen würden.

Den beiden Referaten schloß sich eine sehr lebhaft Diskussionsrunde an, die alle angesprochenen Themen umfaßte, angefangen von einer jugendgemäßen Gestaltung von SL-Veranstaltungen bis zur Frage von Reisen in die Heimat. Ein Kompliment gebührt dabei sowohl den jungen Diskussionsteilnehmern, die offen ihre Meinungen vortrugen, wie auch den älteren Landsleuten, die sich durch Zuhören-

können und durch das sachliche Miteinanderreden auszeichneten.

Ein Besuch der sehr ansprechend gestalteten Ostdeutschen Heimatstuben im Kurpark von Bad Oeynhausen und ein hervorragend gelungener Kulturabend der Kreisgruppe Minden rundeten das Programm dieser Kulturtagung ab, die sicherlich neue Maßstäbe gesetzt hat.

Der besondere Dank, den der nordrhein-westfälische Landesobmann Heinrich Mader der gastgebenden Kreisgruppe Minden aussprach, konnte nicht besser unterstrichen werden als durch die Verleihung der Rudolf-Lodgman-von Auen-Plakette an den verdienstvollen Kreisobmann Karl Reinscher, der auch dem Landesvorstand der Sudetendeutschen Landsmannschaft angehört und dessen langjährige mühevollen Arbeit in Ostwestfalen in der Organisation dieser erfolgreichen Tagung wieder einmal besonders sichtbar wurde.

Das Vaterland und die nächste Generation

DR. HERBERT HUPKA, MdB

Unsere Jugend hat es schwer, auf jeden Fall schwerer als die vorangegangenen Generationen, das rechte Verhältnis zum ganzen Deutschland zu finden. Sie muß sich erst geistig und politisch zu eigen machen, was den Älteren unter uns selbstverständlich ist.

Soeben wurde eine Umfrage veröffentlicht, in der danach gefragt worden ist, ob das Wort Vaterland einen „guten Klang“ habe oder ob es nicht mehr in die heutige Zeit passe. Unter den Befragten mit einem Alter unter 30 Jahren sagten 35 Prozent, daß das Wort Vaterland einen „guten Klang“ habe, während 61 Prozent meinten, das Wort passe nicht mehr in die heutige Zeit.

Erstaunlich ist jedoch die Nachbemerkung, daß auch diese 61 Prozent kein anderes Wort dafür haben. Gleichzeitig wurde bekannt, daß 79 Prozent aller Befragten sich unmißverständlich zu ihrem Deutschland und zum Stolz, ein Deutscher zu sein, bekannt haben.

Das Gespräch über ganz Deutschland, seine Geschichte, seine Geographie, die politische Verantwortung für ganz Deutschland muß zuerst zu Hause geführt werden. Wir sollten dann auch vor einem Streitgespräch nicht zurückschrecken und es mit der nächsten und übernächsten Generation in unseren Familien führen.

Selbstverständlich obliegt auch der Schule die Aufgabe, ein umfassendes und zutreffendes Bild von ganz Deutschland zu vermitteln. Die Beschlüsse der Kultusministerkonferenz von 1978 zur deutschen Frage im Unterricht und von 1981 zur Darstellung Deutschlands auf Landkarten dürfen nicht Papier bleiben, sondern müssen in den Lehrstoff einfließen. Die Entscheidung über die Zukunft ganz Deutschlands fällt

in unseren Bundesländern, in den Kultusministerien unserer Landeshauptstädte. Darum ist es so betrieblig, daß nicht alle Bundesländer von demselben Deutschlandbild ausgehen.

In der Welt hat man sich mehr und mehr an die Teilung Deutschlands gewöhnt, mehr und mehr sieht man die DDR nicht anders denn Österreich, wo doch auch deutsch gesprochen werde, mehr und mehr ist Ostdeutschland jenseits von Oder und Neiße abgeschrieben, gleichsam die Konkursmasse der jüngsten Geschichte.

Wie kann ich von einem jungen Menschen erwarten, daß er sich um ganz Deutschland bemüht, wenn dies nicht zuvor von der Bundesregierung geschieht. Eine Bundesregierung hat Zeichen zu setzen, hat das Wiedervereinigungsgebot in Politik umzusetzen, hat immer wieder deutlich zu machen, daß wir in einem geteilten Land leben, die Teilung überwinden wollen, uns mit dem gegenwärtigen Unrechtszustand nicht abfinden dürfen.

Mit dem Blick auf Polen wird gern von deren Nationalbewußtsein gesprochen, und dies zu Recht. Wie ist es um das deutsche Nationalbewußtsein bestellt? Um gleich irgendwelchen Verdächtigungen zu begegnen: es wird weder einer Überheblichkeit noch einem Nationalismus noch einem übergreifenden Expansionismus das Wort geredet. Aber unser natürliches Verhältnis zur Nation sollte niemand in Frage stellen, weder wir selbst noch sollten wir es durch andere in Frage stellen lassen.

Auch die Jugend bekennt sich zur eigenen Nation, vorausgesetzt, man verteuft dieses Nationalgefühl, das Nationalbewußtsein nicht. Gerade dieses Nationalbewußtsein verbindet uns als deutsches Volk über alle trennenden Grenzen hinweg.

Landeskulturtagung der SL Nordrhein-Westfalen in Minden:

Der Jugend Heimatbewußtsein durch vorgelebte Gemeinschaft vermitteln

S. V. — „Kulturelles Erbe — Auftrag an die Jugend“ war das zentrale Thema der diesjährigen Landeskulturtagung der Landesgruppe Nordrhein-Westfalen der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Minden. Hierzu hatte die Landesgruppe nicht nur die Kulturreferenten der Kreis- und Ortsgruppen, sondern darüber hinaus auch junge Landsleute eingeladen, die an der Arbeit der Sudetendeutschen Landsmannschaft interessiert sind und die auch in beachtlicher Zahl gekommen waren.

Daß sich die Sudetendeutsche Landsmannschaft in Minden durch ihre erfolgreiche Arbeit ein hohes Maß an Ansehen erworben hat, zeigte sich in der Anwesenheit namhafter Vertreter von Rat und Verwaltung sowohl des Kreises als auch der Stadt Minden.

In Grußworten bestätigten der Stellvertretende Landrat des Kreises Minden-Lübbecke, Fritz Hollo, und der Stellvertretende Bürgermeister der Stadt Minden, Günther Witte, den Sudetendeutschen, daß sie es gut verstanden hätten, im Land an der Weser ihre eigene heimatische Verwurzelung zu sichern. Nach wie vor seien sie bewährte Träger wertvoller Kulturgüter, ohne die die deutsche und europäische Kultur um vieles ärmer

wären.

Der Heimatpfleger des Kreises Minden-Lübbecke, Wilhelm Brepohl, der sich auch sehr engagiert an den Diskussionen beteiligte, bezeichnete die von der Sudetendeutschen Landsmannschaft betriebene Kultur- und Volkstumsarbeit als vorbildlich, weil sie Heimatvertriebene und Binnendeutsche gleichermaßen angeregt habe, Heimat zu geben zu bewahren.

Landeskulturreferent Ernst Knechtel verwies einleitend darauf, daß die Sudetendeutsche Landsmannschaft die Aufgabe, das geistige Erbe der Heimat an die Jugend weiterzugeben, nicht erst jetzt entdeckt, sondern als ständigen Auftrag angesehen habe. Diese Aufgabe müsse im Miteinander zwischen älterer und jüngerer Generation in der Gemeinschaft der Sudetendeutschen Landsmannschaft unter Berücksichtigung des Heimatbewußtseins der heutigen Jugend erfüllt werden. Dieses Thema war auch Gegenstand der nachfolgenden Referate.

Leitender Ministerialrat Wolfgang Egerter M. A. setzte sich in seinem Grundsatzreferat „Von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration — Heimatbewußtsein heute“ mit den generationsbedingten unterschiedlichen Wurzeln des Heimatbewußtseins auseinander. Dabei stellte er

überzeugend heraus, daß die Erlebnisgeneration, die die Heimat noch bewußt erlebt und ein konkretes Erinnerungsvermögen hat, eindeutig auch als Bekenntnisgeneration anzusehen ist. Die Heimat Sudetenland ist für sie in gleicher Weise Erlebnis und Bekenntnis. Um andererseits der sogenannten Bekenntnisgeneration das Erlebnis der Heimat zu vermitteln, bedürfte es der Aneignung von Wissen über diese Heimat.

Unsere jungen Menschen hätten in Nordrhein-Westfalen und in anderen Ländern auch Heimat gefunden, in der sie sich daheim und geborgen fühlen. Erziehungsauftrag müsse es daher in allen sudetendeutschen Familien sein, das Bewußtsein um die alte Heimat wachzuhalten, nicht im Sinne eines Heimatmuseums, sondern in einer vorgelebten heimatischen Gemeinschaft.

„Heimat zu streichen, bedeutet einen Teil des Lebens zu streichen“, betonte Wolfgang Egerter. Das deutsche Volk wäre ärmer, wenn das Bewußtsein der Sudetendeutschen und der Ostdeutschen aus dem Gesamtbewußtsein verschwinden würde. Heimatbewußtsein ermöglicht erst ein partnerschaftliches Denken über Staatsgrenzen hinaus.

Über „Heimat aus der Sicht der Ju-

An Breschnews Adresse

M.R. — Der Arbeitskreis für Volksgruppen- und Minderheitenfragen der staatspolitischen Bildungsstätte „Der Heiligenhof“ in Bad Kissingen traf sich am vergangenen Wochenende und führte gemeinsam mit der Europäischen Akademie der Paneuropa-Union ein Seminar zur Entwicklung der Nationalitätenproblematik in der CSSR und Afghanistan durch.

Mit Erstaunen registrierten die Teilnehmer die Vielzahl von Parallelen, die in der geschichtlichen Entwicklung und im politischen Schicksal der Völker Afghanistans und der CSSR zu finden sind. Beide Staaten befinden sich als Herzländer ihrer jeweiligen Kontinente in einer geostrategisch exponierten Lage. Beide Staaten, obwohl ökonomisch einerseits Entwicklungsland, andererseits Industriestaat, sind ausgesprochene Nationalitätenstaaten mit vergleichbaren Anteilen der einzelnen Völker und Volksgruppen an der Bevölkerung. Der Arbeitskreis stellte hierzu fest:

„Beide Staaten wurden Opfer sowjetischer Macht- und Interventionspolitik.

Die CSSR zur Zeit des „Prager Frühlings“ im Jahre 1968, Afghanistan zur Jahreswende 1979/80. Beide Staaten wurden im Laufe ihrer Geschichte mit dem zur Lösung von Nationalitätenfragen untauglichen Mittel der Flucht und Vertreibung konfrontiert. Zum Ende des 2. Weltkrieges vertrieb die damalige tschechoslowakische Regierung 3,2 Millionen Sudeten- und Karpatendeutsche aus Böhmen, Mähren, Schlesien und der Slowakei — und im Zuge der sowjetischen Invasion wurden rd. 2 Millionen afghanische Staatsbürger heimatlos.

Die Teilnehmer des Seminars fordern übereinstimmend das Selbstbestimmungsrecht für alle Völker und Volksgruppen in der Tschechoslowakei und in Afghanistan. Sie sprechen sich für eine internationale Kodifizierung des Volksgruppenrechtes und die Garantie des Heimatrechtes durch die Vereinten Nationen, wie sie in der Resolution zugunsten der Palästinenser Nr. 3236 vom 22. 11. 1974 vorgenommen wurde, für alle Völker und Volksgruppen dieser Erde aus.“